

Niederschrift

über die 24. öffentliche und nichtöffentliche Sitzung des Stadtentwicklungsausschusses am **Mittwoch, dem 02.05.2007**.

Die Mitglieder des Stadtentwicklungsausschusses hatten sich nach ordnungsgemäßer Einladung des Vorsitzenden, Ratsmitglied Hans-Heinrich-Helikum, vom 19.04.2007 um 16.00 Uhr zur Ortsbesichtigung versammelt.

Unter dem Vorsitz von RM Hans-Heinrich Helikum waren anwesend:

I. die Mitglieder des Stadtentwicklungsausschusses

a) aus dem Rat

1. RM Hans-Heinrich Helikum,
2. RM Achim Kleuser ab Sitzung,
3. RM Ute-Lucia Krall ab Sitzung,
4. RM Norbert Schreier,
5. RM Jürgen Spelter ab Sitzung,
6. RM Angelika Urban,
7. RM Heinz-Georg Wingartz,
8. RM Birgit Alkenings,
9. RM Anabela Barata,
10. RM Manfred Böhm ab Sitzung,
11. RM Marie-Liesel Donner,
12. RM Jürgen Scholz,
13. RM Kurt Wellmann ab Sitzung,
14. RM Ludger Reffgen f. Claudia Schnatenberg,
15. RM Susanne Vogel,
16. RM Horst Welke;

b) sachkundige Bürger

1. Werner Buddenberg,
2. Klaus Cohausz f. Wolfgang Frey,
3. Franz-Dieter Schnitzler;

c) beratendes Mitglied

Günter Pohlmann;

II. vorübergehende Berater und Zuhörer

1. Herr Aberspach (Seniorenbeirat) ab Sitzung bis TOP 8,
2. Herr Nagel (Behindertenbeirat) bis TOP 8,
3. Herr Hillebrand (Stadtmarketing) ab Sitzung bis TOP 8,
4. Herr Elker (Polizei) ab Sitzung bis TOP 8,

5. Herr Hambuch (VRR) zu TOP 6 -vorgezogen-,
6. Herr Siggelkow (DB Regio NRW GmbH) zu TOP 6 -vorgezogen-
7. Herr Stuhm (Kreis Mettmann) zu TOP 6 -vorgezogen-
8. Herr Schmitz (Kreis Mettmann) zu TOP 6 -vorgezogen-;

III. von der Verwaltung

1. Beig. Danscheidt ab Sitzung bis TOP 8,
2. Beig. Rech,
3. Frau Bosbach, Amtsleiterin IV/60 ab Sitzung, zugl. als Schriftführerin,
4. Herr Trapp, stellv. Amtsleiter IV/60 ab Sitzung,
5. Herr Stuhlträger, Amtsleiter IV/61 ab Sitzung,
6. Herr Groll, stellv. Amtsleiter IV/61 ab Sitzung,
7. Herr Völker, Praktikant IV/61 ab Sitzung bis TOP 8,
8. Herr Mittmann, Amtsleiter IV/66 bis TOP 5,
9. Herr Scheib, Amtsleiter II/26 ab Sitzung bis TOP 3 d,
10. Herr Witek, Amtsleiter I/14 ab Sitzung bis TOP 3 d,
11. Frau Stankowski, Verwaltungsangestellte.

Tagesordnung:

I. Ortsbesichtigung:

Maßnahmen an Straßenbäumen (SV 66/083).

- a) Hochdahler Straße / Ecke Beethovenstraße
- b) Hochdahler Straße / Ecke Hummelsterstraße

II. Öffentliche Sitzung:

1. Mitteilungen und Beantwortung von Anfragen.
2. Entgegennahme von Anfragen und Anträgen.
3. **Anregungen und Beschwerden**
 - a) Anregung gemäß § 24 GO NW
hier: Parken in der Seidenweberstraße - SV 66/084.
 - b) Anregung gemäß § 24 GO NW
hier: Antrag auf Unterschutzstellung des Evangelischen Gemeindehauses,
Schulstraße 35
- Antrag des Museums- und Heimatverein Hilden e.V vom 10.03.2007 - SV 60/069.
 - c) Anregung gemäß § 24 GO NW
hier: Antrag auf Unterschutzstellung des Gebäudes Reichshof, Mittelstraße 6 /
Ecke Hochdahler Str.
- Antrag des Museums- und Heimatvereins Hilden e.V. vom 10.03.2007 -
- SV 60/070.
 - d) Anregung gemäß § 24 GO NW

hier: Antrag auf Unterschutzstellung des Gebäudes Benrather Straße 62;
- Antrag des Museums- und Heimatvereins Hilden e.V. vom 10.03.2007 - SV 60/071.

4. Anträge

- a) Hildener Umwelttag / Europäische Woche der Mobilität;
hier: Antrag der Fraktion Bürgeraktion vom 21.03.2007 - SV 66/085.
- b) Verwendung von Energiesparlampen;
hier: Antrag der SPD-Fraktion vom 21.03.2007 - SV 26/033.
- c) Bericht über Maßnahmen zur Energieoptimierung;
hier: Antrag der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen - SV 26/035.
- d) Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 73A, 5. Änderung (VEP Nr. 9) für den Bereich Mittelstr./Bismarckstr./Itter/Dr.Ellen-Wiederhold-Platz (Hauptfiliale der Sparkasse HVR);
hier: Antrag der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen vom 21.03.2007 - SV 61/154.

5. Umweltangelegenheiten

Maßnahmen an Straßenbäumen - SV 66/083.

6. Verkehrsangelegenheiten

- a) ÖPNV in Hilden;
hier: Auswirkungen der Mittelkürzungen im VRR-Bereich auf S-Bahn und Bussystem - SV 61/157.
- b) ÖPNV in Hilden;
hier: Qualitätsmängel bei der S-Bahn-Linie S 7 - SV 61/158.

7. Bau- und Planungsangelegenheiten

- a) Antrag auf Aufstellung eines vorhabenbezogenen Bebauungsplans für die Grundstücke Niederstraße 28 / Eichenstraße 114 - SV 61/155.
- b) Bebauungsplan Nr. 177 für den Bereich der Straße Örkhaus / Überführung der Eisenbahntrasse;
hier: Aufstellungsbeschluss zur Änderung des Bauplanungsrechts - SV 61/159.
- c) 43. Änderung des Flächennutzungsplanes für den Bereich Bredharter Heide / Krabbenburg;
hier: 1. Abhandlung der Anregungen aus der frühzeitigen Beteiligung der Behörden und der sonstigen Träger öffentlicher Belange
2. Offenlagebeschluss - SV 61/156.
- d) Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 73A, 5. Änderung für den Bereich Mittelstr. /Bismarckstr. / Itter / Dr. Ellen-Wiederhold-Platz (Hauptfiliale der Sparkasse HRV);
hier: 1. Antrag auf Aufstellung eines vorhabenbezogenen Bebauungsplans
2. Aufstellungsbeschluss - SV 61/149.

8. Sonstiges

- a) Überprüfung der Denkmalwürdigkeit des Gebäudes Walder Straße 24 a;
hier: Eintragung in die Denkmalliste - SV 60/049.
- b) Auswirkungen des Masterplans „Wassersport“ der Stadt Düsseldorf im Bereich Elbsee
- SV 61/152.

III. Nichtöffentliche Sitzung:

9. Vorstellung aktueller Bauvorhaben - o. SV.
10. Mitteilungen und Beantwortung von Anfragen.
11. Entgegennahme von Anfragen und Anträgen.

I. Ortsbesichtigung:

Um 16.00 Uhr begrüßte der Vorsitzende die zur Ortsbesichtigung erschienenen Mitglieder des Stadtentwicklungsausschusses.

Maßnahmen an Straßenbäumen (SV 66/083)

- a) Hochdahler Straße / Ecke Beethovenstraße
- b) Hochdahler Straße / Ecke Hummelsterstraße

Herr Mittmann erläuterte vor dem Hintergrund der zur Beratung anstehenden Sitzungsvorlage den Umfang des Handlungsbedarfs, von dem sich die Ausschussmitglieder vor Ort einen Überblick verschafften.

II. Öffentliche Sitzung:

Um 17.10 Uhr eröffnete der Vorsitzende die Sitzung im Saal des Bürgerhauses. Er begrüßte die Mitglieder des Stadtentwicklungsausschusses, die Vertreter der Beiräte, die Vertreter der Verwaltung und der Presse sowie die erschienenen Bürgerinnen und Bürger. Ferner begrüßte er die zu TOP 6 a und b erschienenen Gäste, weswegen er darum bat, diesen Tagesordnungspunkt vorzuziehen.

Er stellte die fristgerechte Einladung und die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest.

Bezüglich der Tagesordnung zog der Herr Rech den TOP 7 a auf Wunsch des Antragstellers und den TOP 8 a seitens der Verwaltung zurück.

Herr Pohlmann bat um gemeinsame Beratung der Tagesordnungspunkte 4 d und 7 d.

Da keine weiteren Änderungswünsche vorgebracht wurden, wurde wie folgt beraten und beschlossen:

1. Mitteilungen und Beantwortung von Anfragen.

a) Herr Groll: CO-Pipeline

Herr Groll teilte mit, die öffentliche Auslegung des Planfeststellungsbeschlusses der Bezirksregierung Düsseldorf sei am 25.04.2007 abgelaufen. Aufgrund eines Abstimmungsgespräches am 02.04.2007 zwischen dem Kreis Mettmann und den Städten Hilden, Ratingen, Erkrath und Langenfeld habe mit Schreiben vom 20.04.2007 die beauftragte Rechtsanwaltskanzlei Klage beim Verwaltungsgericht Düsseldorf eingereicht. Kläger sei der zur Klage zugelassene Grundstückseigentümer aus Langenfeld. Tenor der Klage sei, entweder den Planfeststellungsbeschluss für die Kohlenmonoxid-Pipeline aufzuheben oder das Verfahren bezüglich der vorgetragenen Sicherheitsbedenken zu ergänzen. Am 03.05.2007 finde bei der Bezirksregierung ein Gesprächstermin statt, um die zum Thema CO-Pipeline in der politischen Diskussion aufgeworfenen Fragen zu erörtern. Die Firma Bayer habe vor dem Hintergrund, dass die Stadt Hilden keine Arbeiten für die Verlegung der Pipeline zugelassen habe, die Einleitung eines Verfahrens zur vorläufigen Besitzweisung beantragt. Hierzu werde es am 15.05.2007 eine mündliche Verhandlung geben. In den übrigen Bereiche entlang der Trasse seien an verschiedenen Stellen Vorbereitungsarbeiten zur Freilegung der Trasse begonnen worden.

b) Herr Rech: Bäume vor dem Markthaus

Herr Rech gab bekannt, die entfernten Bäume im Bereich des Markthauses würden im Herbst d. J. ersetzt werden. Zwischenzeitlich erfolge eine provisorische Sicherung der Baumscheiben mit Asphalt.

2. Entgegennahme von Anfragen und Anträgen.

a) Frau Vogel: Beleuchtung Firma Aldi, Walder Straße - Anfrage.

Auf die entsprechende Anfrage von Frau Vogel gab Herr Trapp bekannt, die Beschwerde über die nächtliche Beleuchtung sei über die Presse an die Verwaltung herangetragen worden. Diese Beschwerde betraf den Abend und die Nacht vor der Eröffnung des neuen Aldi-Marktes an der Walder Straße. Eine sofortige Kontaktaufnahme mit der Firma Aldi habe im Ergebnis die Abschaltung der Beleuchtung über eine Zeitschaltuhr nach sich gezogen.

b) Frau Krall: Veränderungssperre für die Bebauungspläne 240 und 10c - Antrag.

Für die CDU-Fraktion stellte Frau Krall folgenden Antrag:

„Der Stadtentwicklungsausschuss beschließt die Veränderungssperre für die Bebauungspläne 240 und 10c.

Begründung:

Die Bebauungspläne liegen im Geltungsbereich des städtebaulichen Rahmenplans „Nördliche Unterstadt“.

Durch die Renovierung des Bahnhofes und des Vorplatzes, sowie die zu erwartenden Veränderungen im Bereich des Bebauungsplanes 10c und das vorgesehene Handlungsprogramm im Bebauungsplan 240, hier die Aufwertung des Museumshofes des Wilhelm-Fabry-Museums durch eine andere Erschließung des nördlich angrenzenden Garagenhofes und die Erweiterung des Museums, ist es unerlässlich die Bebauungspläne zeitnah zu überarbeiten.“

c) Herr Pohlmann: Ellen-Wiederhold-Platz.

Herr Pohlmann wies darauf hin, dass sich auf dem Ellen-Wiederhold-Platz einige Platten gelöst hätten. Er bat um Beseitigung dieser Stolperfallen.

d) Herr Reffgen: Bordsteinabsenkung Kölner Straße / Richrather Straße.

Herr Reffgen bat um Überprüfung der Bordsteinabsenkung im Bereich der Kölner Straße / Richrather Straße.

6. Verkehrsangelegenheiten - vorgezogen -

a) ÖPNV in Hilden;

hier: Auswirkungen der Mittelkürzungen im VRR-Bereich auf S-Bahn und Bussystem - SV 61/157.

b) ÖPNV in Hilden;

hier: Qualitätsmängel bei der S-Bahn-Linie S 7 - SV 61/158.

Zu diesem Tagesordnungspunkt begrüßte der Vorsitzende nochmals die Herren Hambuch, Siggelkow, Stuhm und Schmitz.

Herr Hambuch stellte sodann die Konzeptionsgrundlage für den S-Bahn-Betrieb im Raum Hilden vor (s. Anlage 1).

Auf die Frage von Frau Alkenings, ob der 10-Minuten-Takt in den Stoßzeiten erhalten bleibe, erklärte Herr Hambuch, die S 1 fahre auch weiterhin zusätzlich in den Spitzenzeiten. Vor diesem Hintergrund seit der 10-Minuten-Takt gegeben.

Herr Schreier wollte wissen, ob die Fahrplananpassung in Zusammenarbeit mit der Rheinbahn erfolge, worauf Herr Hambuch erwiderte, dass es Abstimmungsgespräche gegeben habe. Selbstverständlich werde die Rheinbahn sich auf die neue Vertaktung einstellen und ihren Fahrplan anpassen.

Im Anschluss hieran machte Herr Siggelkow einige Ausführungen zur beabsichtigten Qualitätssicherung (s. Anlage 2). Er räumte ein, dass die Probleme überwiegend in der Fahrzeugausstattung liegen würden.

Frau Alkenings kritisierte, sowohl Neuwagen wie auch eine verbesserte Qualität seien seit Jahren im Gespräch. Eine Zeit lang, bis zum Abzug für die Belange des Kölner Flughafens, habe dies auch geklappt. Danach sei auf der S 7 ihres Erachtens das älteste Fuhrparksystem eingesetzt worden. Im Ergebnis halte sie fest, dass die Bahn Leistungen verkauft habe, die sie nicht erbringen konnte. Auch zum Thema Zustand auf den Bahnhöfen bzw. Haltepunkten verwies sie auf eine unbefriedigende Verfahrensweise in der Vergangenheit. Ein schriftliches Statement zur Beibehaltung des 10-Minuten-Taktes wäre wünschenswert.

Frau Vogel wollte wissen, wie in den frühen Morgenstunden die Erreichbarkeit des Flughafens Düsseldorf sichergestellt werde. Darüber hinaus bat sie um eine Aussage zur Gewährleistung der Sicherheit auf den Bahnsteigen. Ferner bat sie um Auskunft, wie die Information für Bahnbenutzer bei Ausfällen bzw. Verzögerungen erfolgen würden,

Herr Reffgen unterstellte, bis 2008 werde es die beklagenswerten Defizite weiter geben. Strafge-der würden billigend in Kauf genommen. Hier stelle sich die Frage nach der Verwendung dieser Mittel.

Zusammengefasst beantwortete Herr Siggelkow die Fragen wie folgt:

Eine Information der Bahnbenutzer zu Verspätungen etc. sei über Lautsprecherdurchsagen gewährleistet. Informationsanzeigen stünden in der Überlegungsphase. Für Hilden-Süd würde dies einen Finanzaufwand von 190.000 € ausmachen. Insofern sei dies eine Frage der Finanzierung. Bezüglich des Fuhrparks werde ein völlig neues Modell zum Einsatz kommen und zwar der Wagen ET 422. Den Hinweis, dass alles zu spät komme, könne er nicht nachvollziehen. Es sei jetzt schon deutlich besser geworden.

Herr Hambuch ergänzte, die geäußerten Vergangenheitsbetrachtungen sei korrekt, gleichwohl habe er eine solide Vorgehensweise präsentiert. Einbehaltene Gelder würden in das System zurückfließen. Die gewünschte Erklärung des Vorstandes, dass der 10-Minuten-Takt erhalten bleibe, liege der Verwaltung vor.

Herr Stuhm erklärte, die Information aus der Regionalkonferenz Ende Februar sei an die kreisangehörigen Städte weiter gegeben worden. Zusammenfassend hielt er fest, die Modifikation im Bahnbereich sei seines Erachtens tragfähig.

Auf die abschließende Fragestellung von Herrn Wingartz, wann die Umgestaltung des Bahnsteiges in Angriff genommen werde, sagte Herr Siggelkow zu, die Angelegenheit an den Bahnstationsmanager weiter zu reichen.

Abschließend bedankte sich der Vorsitzende für die Vorträge mit der Hoffnung, dass eine baldige Umsetzung der heutigen Darstellungen erfolge. Er hielt fest, dass beide Sitzungsvorlagen zur Kenntnis genommen worden seien.

3. Anregungen und Beschwerden

- a) Anregung gemäß § 24 GO NW
hier: Parken in der Seidenweberstraße - SV 66/084.
-

Eingangs verwies der Vorsitzende darauf, dass vor Sitzungsbeginn seitens der Antragstellerinnen eine Unterschriftenliste vorgelegt worden sei.

Frau Alkenings schlug vor, zunächst mit den Anwohnern zu klären, ob mit Rücksicht darauf, dass es sich um eine klassische Anliegerstraße handele, ein Anwohnerparken gewünscht sei. Sollte dies nicht der Fall sein, spreche sie sich für eine Parkzeitregelung aus, die allerdings mehr als 4 Stellplätze umfassen sollte.

Nach kurzer weiterer Aussprache wurde die Sitzungsvorlage einstimmig vertagt.

- b) Anregung gemäß § 24 GO NW
hier: Antrag auf Unterschutzstellung des Evangelischen Gemeindehauses, Schulstraße 35
- Antrag des Museums- und Heimatverein Hilden e.V. vom 10.03.2007 -
- SV 60/069.
-

Herr Rech empfahl, zunächst die Prüfung der Denkmaleigenschaft auf der Basis der Beschlusslage des Stadtentwicklungsausschusses vom 17.01.2007 abzuwarten. Erst nach Vorliegen der Stel-

lungnahme des Rheinischen Amtes für Denkmalpflege könne über den Antrag des Museums- und Heimatvereins entschieden werden. Gleiches gelte für den TOP 3 c.

Herr Buddenberg nahm dies zustimmend zur Kenntnis, bat gleichwohl aber darum, die Nutzungs-idee als Mehrgenerationenhaus weiterhin zu berücksichtigen.

Herr Rech griff diesen Hinweis auf und erklärte, dass es sich hierbei nur um einen Appell handeln könne. Die Diskussion innerhalb der Ev. Kirchengemeinde sei eine andere. Er verwies in diesem Zusammenhang auf den vorliegenden Abbruchantrag.

Herr Welke hielt fest, wenn diesem Abbruchantrag entsprochen werde sollte, müsse zumindest die Fassade erhalten werden.

Nach weiterer kurzer Aussprache wurde die Sitzungsvorlage einstimmig zurückgestellt.

- c) Anregung gemäß § 24 GO NW
hier: Antrag auf Unterschutzstellung des Gebäudes Reichshof, Mittelstraße 6 / Ecke Hochdahler Straße
- Antrag des Museums- und Heimatvereins Hilden e.V. vom 10.03.2007 -
- SV 60/070.
-

Unter Bezug auf die vorhergehende Diskussion wurde diese Sitzungsvorlage einstimmig zurückgestellt.

- d) Anregung gemäß § 24 GO NW
hier: Antrag auf Unterschutzstellung des Gebäudes Benrather Straße 62
-Antrag des Museums- und Heimatvereins Hilden e.V. vom 10.03.2007 -
- SV 60/071.
-

An der Beratung und Beschlussfassung nahm Frau Krall nicht teil.

Frau Alkenings hielt fest, eine Überprüfung des Objekts habe bereits vor 2 Jahren mit negativem Ergebnis stattgefunden. Der Schutz des äußeren Erscheinungsbildes sei durch den Denkmalbereich gegeben. Insofern bedürfe es nicht einer wiederholten Untersuchung. Sie empfehle, die bestehende Negativ-Liste dem Museums- und Heimatverein zur Verfügung zu stellen.

Sodann nahm der Stadtentwicklungsausschuss einstimmig folgenden geänderten Beschlussvorschlag an:

„Der Haupt- und Finanzausschuss beschließt nach Vorberatung im Stadtentwicklungsausschuss, den Antrag auf Unterschutzstellung des Gebäudes Benrather Straße 62 abzulehnen.“

- Sitzungspause von 18.40 Uhr bis 19.00 Uhr -

4. Anträge

- a) Hildener Umwelttag / Europäische Woche der Mobilität;
hier: Antrag der Fraktion Bürgeraktion vom 21.03.2007 - SV 66/085.
-

Herr Schnitzler erläuterte nochmals die Bedeutung der Hintergründe seines Antrages.

Herr Schreier hielt den Ansatz grundsätzlich für nachvollziehbar. Es bedürfe aber zunächst einer Klärung des Finanzbedarfs.

Frau Alkenings hielt fest, die Stadt veranlasse bereits eine ganze Menge; in erster Linie sollten sich die Verbände darstellen. Für die Organisation eines derartigen Umwelttages sollten keine Verwaltungskapazitäten gebunden werden. Die Stadt könne ggfls. einen Zuschuss bereitstellen.

Herr Welke sprach sich grundsätzlich gegen diesen Umwelttag aus.

Nach kurzer weiterer Diskussion fasste der Vorsitzende zusammen, es gebe zwei Alternativen. Zum einen solle ein Hildener Umwelttag unter der Federführung der Stadt durchgeführt werden; zum anderen sollten hiermit verbundene Aktivitäten den Verbänden überlassen werden. Er ließ sodann über die Frage abstimmen, wer eine Federführung durch die Stadt bevorzuge.

Dies wurde mit 11 Ja-Stimmen bestätigt.

Die Frage der Überlassung der Zuständigkeit bei den Verbänden wurde mit 7 Ja-Stimmen bestätigt.

Herr Rech verwies in aller Deutlichkeit auf den zu berücksichtigenden Zeitfaktor. Mit Blick auf die notwendige Mittelbereitstellung müsse danach im Juni ein Konzept vorliegen.

Herr Schreier wandte ein, zunächst bedürfe es einer Kostenaussage, bevor eine abschließende Entscheidung erfolge.

Abschließend fasste der Stadtentwicklungsausschuss mit 11 Ja-Stimmen gegen 8 Nein-Stimmen folgenden Beschluss:

„Die Verwaltung wird beauftragt, kurzfristig in Koordination mit Vereinen und Verbänden sowie sonstigen möglichen Akteuren einen Programmentwurf zu erstellen und den erforderlichen Finanzbedarf für die Durchführung einer solchen Veranstaltung unter der Federführung der Stadt zu ermitteln.“

- b) Verwendung von Energiesparlampen;
hier: Antrag der SPD-Fraktion vom 21.03.2007 - SV 26/033.
-

Nach kurzer Aussprache fasste der Stadtentwicklungsausschuss mit 18 Ja-Stimmen bei 1 Enthaltung nachstehenden Beschluss:

„Die Verwaltung wird beauftragt, in städtischen Gebäuden nach Möglichkeit nur noch Energiesparlampen zu verwenden.“

- c) Bericht über Maßnahmen zur Energieeinsparung;
hier: Antrag der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen vom 21.03.2007 - SV 26/035.
-

Ohne weitere Aussprache fasste der Stadtentwicklungsausschuss einstimmig folgenden Beschluss:

„Die Verwaltung legt dem Stadtentwicklungsausschuss im Rahmen einer Sondersitzung einen Bericht über alle in den letzten zwei Jahren durchgeführten und für die kommenden zwei Jahre geplanten Maßnahmen zur Optimierung des Energieverbrauchs an städtischen Gebäuden vor. Außerdem sind alle vorhandenen Energiedaten je Gebäude zusammenzustellen.“

Diese Daten sind auch bei den städtischen Töchtern zu erheben. Eine entsprechende Beschlusslage ist in den Aufsichtsräten herbeizuführen.“

- d) Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 73A, 5. Änderung (VEP Nr. 9) für den Bereich Mittelstr./Bismarckstr./Itter/Dr.Ellen-Wiederhold-Platz (Hauptfiliale der Sparkasse HVR);
hier: Antrag der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen vom 21.03.2007 - SV 61/154.
-

- wird gemeinsam mit TOP 7 d beraten -

5. Umweltangelegenheiten

Maßnahmen an Straßenbäumen - SV 66/083.

Nach den ersten Wortbeiträgen hielt Herr Rech verdeutlichend fest, mit der heutigen Sitzungsvorlage werde verwaltungsseitig lediglich ein Handlungsrahmen dargestellt. Jeder Baumstandort verursache eine Einzelmaßnahmenbetrachtung. Insofern werde künftig für jedes Haushaltsjahr eine konkrete Maßnahmenliste vorgelegt werden.

In diesem Zusammenhang brachte Herr Schnitzler für die Fraktion Bürgeraktion folgenden Antrag ein:

„Der Stadtentwicklungsausschuss möge beschließen:

Der Baumbestand an den Straßen der Stadt soll weitestgehend gesichert bleiben und - wo möglich - ergänzt und verbessert werden. Um dies sicher zu stellen, sollen die Baumscheiben in Größe und Beschaffenheit dem Wuchs der einzelnen Bäume angepasst werden. Dabei sind auch die Voraussagen des Klimawandels zu berücksichtigen, insbesondere hinsichtlich höherer Temperaturen, längerer Trockenperioden aber auch intensiverer Regenfälle. Weitergehende Maßnahmen bedürfen im Einzelfall der Fachausschussbeteiligung.

Begründung:

- Große Bäume bewirken durch ihre Schattenwirkung auf Mensch und „Blech“ eine natürliche Temperaturabsenkung, gerade im Bereich sich ansonsten stark aufheizender Beton- und Asphaltflächen. Dies bedeutet bei Fahrzeugen, dass der Innenraum nicht mehr so intensiv durch Klimaanlage heruntergekühlt werden muss, besonders bei Fahrtbeginn. Das wiederum verringert den Kraftstoffverbrauch und den CO₂-Ausstoß besonders im Stadtverkehr.
- Große Straßenbäume sind als Schattenspende die natürliche Klimaanlage für Fußgänger und Radfahrer.
- Bäume nehmen in einem biochemischen Prozess CO₂ auf und wandeln es in Sauerstoff um. Sie sind also an der Quelle der Schadstoffentwicklung positiv wirksam.
- Straßenbäume binden Feinstäube am Ort der Entstehung.“

Nach weiteren Diskussionsbeiträgen verdeutlichte Herr Mittmann unter Hinweis auf die Erläuterungen zur Sitzungsvorlage - Zitat: Gerade in einer Stadt wie Hilden ohne größere innerstädtische zusammenhängende Grünflächen haben Straßenbäume eine große Bedeutung. Unter dem Gesichtspunkt einer nachhaltigen Stadtentwicklung sind solche Strukturen langfristig zu sichern und nach Möglichkeit weiter auszubauen - den Geist und Tenor dieser Sitzungsvorlage. In der Vergangenheit hätten gerade die Straßenbaumbetrachtungen einen finanziellen Kostenrahmen von rund 25.000 €/Jahr verursacht. Dies werde in Zukunft nicht mehr reichen.

Nach weiterer Aussprache unter Beteiligung der Ratsmitglieder Buddenberg, Reffgen, Alkenings, Vogel und dem beratenden Mitglied Pohlmann ließ der Vorsitzende abstimmen.

Der Antrag der Fraktion Bürgeraktion Hilden wurde mit 17 Ja-Stimmen gegen 2 Nein-Stimmen abgelehnt.

Mit 17 Ja-Stimmen gegen 2 Nein-Stimmen fasste sodann der Stadtentwicklungsausschuss folgenden Beschluss:

„Der Stadtentwicklungsausschuss nimmt Kenntnis von den Ausführungen der Verwaltung und stimmt grundsätzlich der beabsichtigten Vorgehensweise zu. Die Finanzmittel für den Austausch von Straßenbäumen werden von der Verwaltung im Rahmen der Aufstellung der jeweiligen Haushaltspläne beantragt.“

7. Bau- und Planungsangelegenheiten

- a) Antrag auf Aufstellung eines vorhabenbezogenen Bebauungsplans für die Grundstücke Niedenstraße 28 / Eichenstraße 114 - SV 61/155.

- wurde zurückgezogen -

- b) Bebauungsplan Nr. 177 für den Bereich der Straße Örkhaus / Überführung der Eisenbahntrasse;
hier: Aufstellungsbeschluss zur Änderung des Bauplanungsrechts - SV 61/159.

Nach kurzer Aussprache, bei der Herr Welke einen Ortstermin anregte, fasste der Stadtentwicklungsausschuss mit 16 Ja-Stimmen bei 3 Enthaltungen folgenden Beschluss:

„Der Stadtentwicklungsausschuss beschließt

die Aufstellung der 14. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 177 gemäß § 2 Abs. 1 BauGB in Verbindung mit § 13a Baugesetzbuch (BauGB) vom 27.12.2006 (BGBl. I S. 3316) in der zurzeit gültigen Fassung.

Das Plangebiet liegt am südlichen Rand der Stadt Hilden im Bereich der Straße Örkhaus unmittelbar östlich der Güterverkehrsstrecke Düsseldorf-Köln. Es umfasst die Flurstücke 286, 33/1 (Straße Örkhaus, teilweise), 33/2, 33/3, 17, 240, 272, 273, 241, 85 und 86 sowie einen Teil der Flurstücke 22 und 23 (zwischen nördlicher Grenze der Straße Örkhaus, Bahntrasse und Stadtgrenze zu Langenfeld).

Das Ziel der Planung ist im Bereich nördlich der Straße Örkhaus die Anpassung der Bebauungsplaninhalte an die heutige Nutzung und südlich der Straße Örkhaus die Neuplanung der Bebauung unter Einbeziehung eines Teils der heutigen Gabelandfläche (Kleingartennutzung)."

- c) 43. Änderung des Flächennutzungsplanes für den Bereich Bredharter Heide / Krabbenburg;
hier: 1. Abhandlung der Anregungen aus der frühzeitigen Beteiligung der Behörden und der sonstigen Träger öffentlicher Belange
2. Offenlagebeschluss - SV 61/156.
-

Ohne Aussprache nahm der Stadtentwicklungsausschuss mit 16 Ja-Stimmen gegen 3 Nein-Stimmen folgenden Beschlussvorschlag an:

„Der Rat der Stadt Hilden beschließt nach Vorberatung im Stadtentwicklungsausschuss,

1. zu den Anregungen aus der frühzeitigen Beteiligung der Behörden und der sonstigen Träger öffentlicher Belange wie folgt Stellung zu nehmen:

- 1.1 Schreiben des Kreises Mettmann vom 13.03.2007

Der Kreis Mettmann äußert in keiner seiner behördlichen Funktionen zum Entwurf der 43. Änderung des Flächennutzungsplanes Anregungen. Das Schreiben wird zur Kenntnis genommen.

2. die öffentliche Auslegung der 43. Änderung des Flächennutzungsplanes gemäß § 3 Abs. 2 Baugesetzbuch (BauGB) vom 27.12.2006 (BGBl. I S. 3316) in der zurzeit gültigen Fassung.

Das Plangebiet liegt im Südosten der Stadt Hilden zwischen den Straßen Bredharter Heide und Krabbenburg und umfasst die Flurstücke 586, 922 tlw., 1441, 1709, 1710 tlw., und 1712 tlw, alle in Flur 64 der Gemarkung Hilden.

Dem Offenlagebeschluss liegt der Entwurf der Begründung (inklusive Umweltbericht) vom Februar 2007 zugrunde.“

4. Anträge - Fortsetzung -

- d) Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 73A, 5. Änderung (VEP Nr. 9) für den Bereich Mittelstr./Bismarckstr./Itter/Dr.Ellen-Wiederhold-Platz (Hauptfiliale der Sparkasse HRV);
hier: Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 21.03.2007 - SV 61/154.
-

Eingangs stellte Frau Vogel folgenden modifizierten Antrag:

„Die Verwaltung wird beauftragt, mit dem Vorhabenträger Verhandlungen aufzunehmen, mit dem Ziel, im Plangebiet der der Realisierung der Bank- und Handelsnutzung auch Wohnnutzung vorzusehen.

Der Fachausschuss ist in seiner nächsten Sitzung über das Verhandlungsergebnis zu unterrichten.

Dieser Antrag wurde ohne weitere Aussprache mit 15 Ja-Stimmen gegen 4 Nein-Stimmen abgelehnt.

7. Bau- und Planungsangelegenheiten - Fortsetzung -

- d) Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 73 A, 5. Änderung (VEP Nr. 9) für den Bereich Mittelstr./Bismarckstr./Itter/Dr.Ellen-Wiederhold-Platz (Hauptfiliale der Sparkasse HVR);
hier: 1. Antrag auf Aufstellung eines vorhabenbezogenen Bebauungsplanes
2. Aufstellungsbeschluss - SV 61/149.
-

Herr Buddenberg hielt fest, die Grenze des künftigen Bebauungsplans solle im Norden an das nördliche Itterufer verschoben werden.

Frau Alkenings signalisierte Zustimmung zum Beschlussvorschlag hielt jedoch fest, dass eine Abstimmung der Außenanlage mit der Stadt erforderlich sei. Der Neubau solle einen größeren Abstand zum „Alten Meldeamt“ erhalten und im Bereich der Mittelstraße müsse der heutige Platzcharakter beibehalten werden.

Herr Welke lehnte den Aufstellungsbeschluss wegen fehlenden Wohnens ab.

Herr Rech hielt fest, nachdem die Frage des Wohnens negativ beschieden worden sei, bleibe nur noch die maximale Gebäudeausdehnung zu betrachten. Er verwies hierzu auf die der Sitzungsvorlage beigefügte Plandarstellung vom September 2006. Die Frage des Abstandes zur Itter und die Grüngestaltung bleibe im Rahmen des weiteren Planungsverfahrens der Planungshoheit der Stadt Hilden vorbehalten.

Mit 16 Ja-Stimmen gegen 3 Nein-Stimmen fasste der Stadtentwicklungsausschuss sodann folgenden ergänzten Beschluss:

„Der Stadtentwicklungsausschuss beschließt

1. dem Antrag der Sparkasse Hilden-Ratingen-Velbert vom 06.02.2007 auf Aufstellung eines vorhabenbezogenen Bebauungsplanes für den Bereich Mittelstraße/ Bismarckstraße/ Itter/ Dr. Ellen Wiederhold-Platz zuzustimmen;
2. die Aufstellung der 5. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 73 A als vorhabenbezogener Bebauungsplan (Vorhaben- und Erschließungsplan Nr. 9) gemäß § 2 Abs. 1 BauGB in Verbindung mit § 12 Baugesetzbuch (BauGB) vom 27.12.2006 (BGBl. I S. 3316) in der zur Zeit gültigen Fassung.

Das Plangebiet liegt im Zentrum der Hildener Innenstadt direkt an der Fußgängerzone Mittelstraße im Eckbereich mit der Bismarckstraße; es wird begrenzt von der Westseite der Bismarckstraße im Westen, dem Verlauf der *nördlichen Ittergrenze* im Norden, den östlichen Grenzen der Flurstücke 1022 und 1077 (in Flur 49 der Gemarkung Hilden) im Osten und durch die Mittelstraße im Süden.

Mit der vorhabenbezogenen Änderung soll erreicht werden, einen Neubau auf dem heutigen Grundstück der Hauptfiliale Hilden der Sparkasse Hilden-Ratingen-Velbert sowohl von seinen Nutzungen her als auch hinsichtlich seiner Gestaltung in das Umfeld der Hildener Innenstadt städtebaulich einzufügen.“

8. Sonstiges

- a) Überprüfung der Denkmalwürdigkeit des Gebäudes Walder Straße 24 a;
hier: Eintragung in die Denkmalliste - SV 60/049.

- wurde zurückgezogen -

- b) Auswirkungen des Masterplans „Wassersport“ der Stadt Düsseldorf im Bereich Elbsee - SV 61/152.
-

Frau Alkenings bedankte sich für den Bericht und hielt fest, man sei wenig begeistert von den Planungen der Stadt Düsseldorf. Vor dem Hintergrund bestehenden Landschaftsschutzes bat Sie zu gegebener Zeit um weitere Informationen. Mehr Verkehr über Hildener Stadtgebiet sollte auf jeden Fall verhindert werden.

Auf den Hinweis von Herrn Reffgen zum schlechten Zustand der Zuwegung zu den Vereinshäusern erklärte Herr Rech, es handele sich hier um eine Privaterschließung.

Die Frage von Herrn Pohlmann, ob es Möglichkeiten zur Verhinderung dieses Großprojektes der Stadt Düsseldorf gebe, beantwortete Herr Stuhlträger dahingehend, das gesamte Areal unterliege der Planungshoheit der Stadt Düsseldorf verantwortlich auch als Untere Landschaftsschutzbehörde. Zu verhindern sei die Wellness-Therme durch die Stadt Hilden nicht. Bedenken und Belange der Stadt Hilden seien jedoch im Zusammenhang mit dem erforderlichen Planverfahren zu würdigen.

Herr Rech ergänzte, bezüglich der Erfordernisse zum Thema Erschließung und Kanalisation sei sicherlich ein Mitspracherecht seitens der Stadt Hilden gegeben.

Herr Schnitzler sah keine Bedenken; durch dieses Projekt könne die Kaufkraft in der Region gehalten werden. Umweltschutzaspekte seien jedoch zu berücksichtigen.

Abschließend nahm der Stadtentwicklungsausschuss Kenntnis vom Bericht der Verwaltung.

III. Nichtöffentliche Sitzung: